
Es fehlt an politischer Führung

Gespräch mit Wilhelm Hennis

über Parteienentwicklung und Parteienverdrossenheit*

Prof. Dr. Wilhelm Hennis, geb. 1923 in Hildesheim, studierte Jura in Göttingen, lehrte Politikwissenschaft in Hannover, Hamburg und seit 1967 in Freiburg/Br. Gastprofessuren in New York und - im Wintersemester 1991/92 - in Jena. Sein letztes Buch „Max Webers Fragestellung - Studien zur Biographie des Werks“ (erschienen 1987 im Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen) wurde inzwischen in fünf Sprachen übersetzt.

Frage: Ist die aktuelle Diskussion um die Rolle der politischen Parteien und Eliten in Deutschland Ausdruck eines seit hundert Jahren periodisch wiederkehrenden öffentlichen Unmuts, oder hat sie eine neue Qualität?

Wilhelm Hennis: Man erfaßt den eigentümlichen Charakter der gegenwärtigen Diskussion nicht mit historischen Rückblicken. Ich möchte von Anfang an betonen, daß die Parteien in Deutschland nicht schlechter angesehen sind als in anderen Ländern. Schlechter als in Amerika können Parteien in freiheitlichen Demokratien kaum angesehen sein. In Frankreich sind die Parteien bedeutungslos, sie spielen kaum eine Rolle, es gibt sie als größere Organisationen nicht. In England hat die Labour Party zwar eine große Zahl von Mitgliedern dadurch, daß bestimmte Gewerkschaften ihr automatisch angehören, ansonsten sind die Organisationen der beiden großen Parteien im Vergleich zu Deutschland relativ bedeutungslos. In Deutschland spielen die Parteien eine zentrale Rolle, seit es Repräsentativassungen gibt und damit Volksvertretungen, die nur auf der Basis einer gewissen Fraktionsgliederung arbeiten können, ganz gleich

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 21. August 1992 in Freiburg/Br.

ob die Parteien als Honoratiorenpartei oder Mitgliederpartei organisiert sind. Schon unter der Bismarck-Verfassung waren die Parteien bedeutende und nicht wegzudenkende Elemente des Verfassungslebens. Die Weimarer Republik war ein mißglückter Parteienstaat. Die zwölf Jahre, die dann folgten, standen auch noch unter dem Zeichen einer Partei, die alle anderen „ausgeschaltet“ hatte. Nach 1945 hat sich im Westen Deutschlands eine ganz normale Parteiendemokratie entwickelt, in der es selbstverständlich immer wieder Unmut sowohl über bestimmte Parteien als auch über die Parteien als solche gab. Das scheint mir aber für die gegenwärtige Diskussion nicht sehr aufschlußreich.

Wie würden Sie die wichtigsten Elemente der gegenwärtigen Diskussion charakterisieren?

Zunächst glaube ich, wie schon angedeutet, daß die Stellung der Parteien in Deutschland auf jeden Fall nicht schlechter ist als in anderen Ländern. Sie ist sogar im Gesamtsystem der Willensbildung unendlich privilegierter und herausgehobener. Man schaue nach Amerika: Parteien bilden sich dort im Grunde nur, damit ein Präsident nominiert werden kann. Aber als große Organisationen gibt es sie nicht. Dagegen haben die Organisationen der politischen Parteien in der Bundesrepublik eine Bedeutung gewonnen, wie sie ihnen in vergleichbaren Demokratien nirgendwo zugeschrieben wird — zwar nicht vom Grundgesetz, aber vom Bundesverfassungsgericht, das immer wieder behauptet hat, daß den Parteien vom Grundgesetz Aufgaben, Obliegenheiten übertragen worden sind. Und das Parteiengesetz von 1967 spricht ganz ausdrücklich von den den Parteien vom Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben. Das ist einmalig in der Welt. Unsere Parteien sind reicher, werden mit mehr Mitteln aus öffentlichen Kassen alimentiert als irgendwo sonst. Im gesamten Kräftespiel der Meinungs- und Willensbildung dominieren sie etwa im Vergleich mit der Bürokratie oder anderen Kräften der Gesellschaft, die nicht von den Parteien abgeleitet sind. In Amerika und England stellen die großen Bildungseinrichtungen einen gesamtgesellschaftlich-politisch bedeutsamen Faktor dar, in Frankreich hat die Bürokratie ihr Eigengewicht. Bei uns sind alle anderen „Mitwirkungskräfte“ am politischen Spiel — sei es nun ein selbständiger Monarch, den wir nicht mehr haben, sei es ein Bundespräsident, dem die Verfassung keine sonderlich bedeutsamen Kompetenzen gibt, sei es eine in sich ruhende Bürokratie - vollkommen durch die Parteien mediatisiert. Literatur, Kunst, Kultur - die vielen Menschen in Deutschland lange Zeit wichtiger waren als die Politik — sind zurückgetreten oder verstehen sich selbst als „politisches Vorfeld“. Wenn man sich also das ganze Feld der Kräfte, die an der politischen Willensbildung mitwirken, vor Augen führt, sind im Grunde genommen nur die politischen Parteien übriggeblieben. Und diese Parteien sind im Vergleich zu früher kaum noch der Ausdruck bedeutender gesellschaftlicher Strömungen und Tendenzen. Sie haben große Mühe, eigene Ideen zu produzieren, müssen dafür Kommissionen einsetzen, sich Papiere von anderen produzieren lassen. Nichts von dem, was sie sagen und wollen, ist spontan, wie es bis in die zwanziger Jahre und auch nach 1945 noch war. Damals drückten sich in den drei großen Parteigruppierungen — Sozialdemokraten, christliche Demokraten, Liberale — bedeutsame historische Kräfte aus. Weil das heute nicht mehr so ist, bieten die Parteien ein so fragwürdiges Bild. Sie wirken aus sich heraus nicht überzeugend, oder sie überziehen ganz einfach ihr Konto. Es ist eine Mischung aus Schwäche und Anmaßung. Das ist wohl der Gesichtspunkt, der die heutige Diskussion von früheren unterscheidet.

Sie erwähnten das Grundgesetz. Ist es tatsächlich so, daß hinter dessen lapidarer Formulierung zu den Parteien soviel steckt wie gelegentlich hineingedeutet wird?

Ganz bestimmt nicht. Es steckt sogar herzlich wenig darin. Der einundzwanzigste Artikel des Grundgesetzes hat in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts,

im Parteiengesetz von 1967 und dann auch in der allgemeinen Folklore eine phantastische Entwicklung genommen. Unsere Verfassungsmütter und -väter — sehr ernsthafte und erfahrene politische Menschen, die das Unglück Weimars in den Knochen hatten - kannten die Perversion des totalen Staates und waren völlig zu recht der Meinung, daß im Parteiwesen einiges durch die Verfassung geregelt werden mußte. So sollte ganz konkret bekannt sein, woher sie ihr Geld bekommen. Das rührte von der Vorstellung, daß bestimmte Kreise mit dem großen Geld auf die Parteien einwirken könnten. Gedacht war also an eine Pflicht zur Rechenschaft über die Herkunft der Finanzmittel. Dann gab es die Vorstellung, daß die Parteien vor diktatorischen Allüren eines Parteiführers oder einer internen übermächtigen Bürokratie geschützt werden müßten. Die innere Ordnung der Parteien muß also demokratischen Grundsätzen entsprechen, wobei dahingestellt sein kann, was demokratische Grundsätze in bezug auf eine Parteiorganisation sein sollen.

Man wollte noch viel mehr regeln, weil man wußte, wie stark Parteikräfte eine Demokratie gefährden konnten. Darum wurde ein Satz aufgenommen, der noch bis in die letzten Phasen im Parlamentarischen Rat folgendermaßen lautete: „Die Rechtsverhältnisse und die Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung finden nähere Regelungen durch Gesetze.“ Das ist eine präzise Aufgabenbeschreibung für den Gesetzgeber. Statt dessen heißt es in der Endfassung: „Die politischen Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit.“ Der Bundespräsident spricht im Hinblick auf diesen Satz zu recht von einem ungeheuren Understatement. Es ist durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere durch den Einfluß der Parteienstaatslehre von Gerhard Leibholz, vollkommen vergessen worden, daß dies ein Regelungstatbestand ist, vielleicht der wichtigste verfassungspolitische Regelungsauftrag, der überhaupt im Grundgesetz enthalten ist - neben der Herstellung der Gleichheit der Geschlechter.

Die Art und Weise der Mitwirkung der Parteien an der Willensbildung wirft in allen Parteiendemokratien ihre besonderen Probleme auf: Verquickung von privaten und öffentlichen Interessen, Dauer von Amtszeiten, Verhinderung von Doppelmandaten, Herkunft der Mittel und so weiter. All das ist mit dem ersten Satz des Artikels 21 damals intendiert gewesen. Der Gesetzgeber sollte diese Dinge in einem angemessenen Parteiengesetz näher regeln. Das ist nicht erfolgt, sondern dieser Satz und der ganze Artikel 21 sind so verstanden worden, daß das Grundgesetz den Parteien Aufgaben, Obliegenheiten übertrage, zuweise. Der Artikel 21 wird als große Legitimationsbasis für die Parteien und darüber hinaus für den Parteienstaat benutzt. Ich halte das für vollkommen abwegig. Es ist höchste Zeit, daß man diesen Artikel ein wenig niedriger hängt und anfängt, ihn richtig zu verstehen.

Der Bundespräsident hat ja wohl angeregt, diesen Tatbestand in der laufenden Verfassungsdiskussion mit ins Auge zu fassen. Sehen Sie darin auch einen Weg?

Der Bundespräsident hat sich dahingehend ausgedrückt, daß neben die fünf Organe, von denen das Grundgesetz spricht - Bundespräsident, Bundesrat, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht -, noch ein sechstes Organ, die Parteien, getreten sei. Und daß sich dieses Organ im Vergleich mit den anderen dadurch auszeichnet, daß es nicht nach klaren Verfassungsrichtlinien organisiert ist. Die Machtbefugnisse der Parteien sind durch nichts näher geregelt worden. Das Parteiengesetz von 1967 ist ein Gesetz über die innere Ordnung und im wesentlichen ein Finanzierungsgesetz. Die Fragen der verfassungsrechtlichen Kontrolle des Parteiwesens sind vollkommen ausgeklammert. Der Bundespräsident hat also recht, wenn er die Verfassungskommission, die gemeinsame Kommission von Bund und Ländern, darauf hinweist, daß sie diesen Komplex mit in ihre Aufgaben hineinnehmen soll. Ich glaube zwar nicht, daß sie es tun wird, aber die Öffentlichkeit sollte es fordern.

Ich möchte auf die Frage der Personalauswahl kommen. Warum ist es eigentlich so, daß vielfach offenbar nicht die richtigen Leute in die Parteien hineingehen und dort Karriere machen?

Auch das ist keine deutsche Spezialität. In Amerika, vielleicht etwas weniger in Frankreich und in England, ist der qualifizierte Nachwuchs für die Politik ebenfalls rar. Nun gelangt man in Amerika auf ganz anderem Wege zur Politik. Die Parteien sind kein Vehikel, um in der Politik aufzusteigen. Sie sind eigentlich nur Etiketten, die man sich zulegt, während in Deutschland der Aufstieg in die politische Führung ausschließlich über die Parteien läuft. Solange das Honoratioren-Element in den Parteien vorherrschte, war es eine Ehre, seinen Wahlkreis im Landtag oder im Reichstag zu vertreten. Ich habe noch eine sehr deutliche Anschauung der ersten Legislaturperiode des Bundestages. Damals fanden sich dort viele wirklich sehr bedeutende Figuren, die schon Gewicht hatten, bevor sie ins Parlament kamen - Wirtschaftler, Rechtsanwälte, Professoren, man denke nur an Carlo Schmid.

In den deutschen Parlamenten gab es seit jeher einen ungewöhnlich hohen Anteil von Mitgliedern des öffentlichen Dienstes, das ist ein Stück deutscher Tradition. Das ist dann nicht so problematisch, wenn es Leute von Rang sind. Diesen Typus haben wir früher in nennenswerter Zahl gehabt, also Landräte, Oberpräsidenten, hohe Richter. Inzwischen findet man ihn kaum noch. Heute müssen Kandidaten in den Ortsbezirken anfangen und sich dann langsam hocharbeiten. Das Nadelöhr, durch das die Auslese des politischen Nachwuchses erfolgt, ist ganz eng geworden: Es sind jene Hunderte von Ortsvereinen der Parteien, durch die jeder hindurch muß, um hochzukommen. Das ist zu einem Teil abgeseignet durch die an sich ehrenwerte Regel des Artikel 21: „Die innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ Was kann das anderes heißen als Basisdemokratie, demokratische Grundsätze schon auf der örtlichen Ebene? Dort wird legitim bestimmt, wer Delegierter wird, wer das Mandat bekommt und so weiter. Schon Adenauer hat sich um eine Bundesliste bemüht, die es bis heute nicht gibt. Die Bundestagsabgeordneten werden nach wie vor entweder direkt im Wahlkreis oder über Landeslisten gewählt. Weder Bundesvorstände noch Bundesausschüsse oder Parteitage können entscheiden, welche Leute sie für den Bundestag nominieren wollen, etwa wegen ihrer Kompetenz, Bedeutung, Ausstrahlung, Fachkenntnisse. Ich glaube, daß es selbst einem Helmut Kohl nicht möglich ist, in einem Ortsverein einen Kandidaten durchzubringen, den dieser Ortsverein nicht will. Das Verfahren trägt dazu bei, daß wir viel zu viele graue Mäuse im Bundestag haben, die alle strampeln, sich zu profilieren versuchen. Einigen gelingt es ja auch tatsächlich, im Bundestag Profil zu gewinnen, aber besser wäre es, man hätte bereits Profil, bevor man in den Bundestag geht. Ich war während der ersten Legislaturperiode des Bundestages der erste und einzige wissenschaftliche Assistent einer Fraktion. Ich erinnere mich an bedeutende, wirklich imponierende Figuren, mit denen ich damals zu tun hatte. Sie waren schon außerhalb des Parlaments etwas gewesen. Sicher haben die Zeitläufte damals die Menschen viel stärker geprägt, haben das, was in ihnen steckte, viel stärker herausgefordert, als das heute der Fall ist. Und man kann ja nur wünschen, daß derartige Extremsituationen sich nicht wiederholen.

Dennoch: Es gibt auch heute Menschen von hoher Qualität und großem Format in unserem Vaterland. Wir kennen sie, und wir wünschen, daß sie uns politisch vertreten. Die Aufgabe des Abgeordneten ist im Kern ja nach wie vor, daß er über die Verpflichtungen der Bürger befindet und entscheidet: etwa über Steuern oder über die Aufnahme von Asylanten. Das kann nur eine Führungsschicht, die die Kraft besitzt, diese Verpflichtungsaufgabe zu erfüllen. Die Unzufriedenheit mit dem politischen Betrieb, die Parteiverdrossenheit hat meines Erachtens ihre letzten Wurzeln darin, daß die politische Klasse ihre Legitimität zur Führung nicht wirklich unter Beweis stellt.

Ist es nicht gefährlich für eine Demokratie, wenn die Kluft zwischen Wählern und politischer Klasse so groß wird? Entsteht daraus nicht ein ganz erhebliches Legitimationsdefizit bis hin zu einer Ablösung voneinander?

Hier kommt es darauf an, daß wir uns richtig verstehen. So kann der soziale Abstand zwischen erheblichen Teilen des Volkes und der politischen Klasse groß sein, ohne daß das schadet. Eine sozial so imponierende Figur wie Roosevelt oder der schwerreiche Millionär Kennedy haben in Amerika keine Probleme des Abstands herbeigeführt. Bei dem belanglosen Erdnuß-Farmer Carter oder dem Öl-Millionär Bush sieht das schon anders aus. Viele Amerikaner erkennen in diesen Männern nicht diejenigen, denen sie das Schicksal der Nation anvertrauen möchten. Bei uns scheint mir der Abstand auch daher zu rühren, daß man im Grunde herzlich wenig miteinander zu tun hat und daß Führungsfiguren vom Schlage eines Adenauer, Schumacher, Böckler fehlen. Die gegenwärtige politische Führungsschicht bietet sich sozusagen an, mehr: sie biedert sich an, sie wollen Politik als „Dienstleistung verkaufen, die Parteien als „Dienstleistungsorganisationen“. Dienstleistungen erbringt mein Schuster, aber von der Politik erwarte ich anderes. Wenn sie auf dieses Niveau hinuntersinkt, dann gehen viele womöglich in der Tat zu einem anderen Dienstleister. Wenn die Beziehung zwischen politischer Führung und Volk die von Dienstleistungsanbietern und — abnehmern ist, dann könnte die Entwicklung unter Umständen dramatisch werden. In Wirklichkeit leistet die politische Führung einen öffentlichen Dienst, aber nicht im Sinne eines Marktangebots. Die Perversion des Denkens über Politik in der Bundesrepublik liegt gegenwärtig darin, daß die politische Klasse im Grunde gar nicht führen will, sondern akzeptiert sein will. Sie will im Prinzip nur Wahlen gewinnen. Ihre eigentlichen Ziele sind undeutlich. Sie meint so viele verschiedene Wählerinteressen, -meinungen und angebliche -bedürfnisse vertreten zu müssen, daß darüber die große Linie vollkommen verschwimmt.

Mir kam es auch nicht so sehr auf den sozialen Abstand an. Es ging mir vielmehr um die Bindungskraft, darum, daß viele Menschen sich offenbar in der Politik nicht mehr wiederfinden, insbesondere auch junge. Wächst dieser Abstand nicht wieder so wie es schon einmal am Ende der Weimarer Republik der Fall war?

Ich würde dafür nicht den Begriff des „Abstandes“ benutzen. Es scheint so zu sein, daß die politische Klasse den Menschen gleichgültig wird, daß sie sie nicht interessiert. Irgend jemand hat kürzlich einmal gesagt, man könne diese Gesichter nicht mehr sehen. In Amerika ist es schon so, daß Politiker nur noch ins Fernsehen kommen, wenn sie sich in Talkshows oder Unterhaltungssendungen präsentieren. Das kann nicht jeder, das will auch nicht jeder. Die Politiker sind als „politische“ Figuren einfach nicht mehr interessant - eine schlimme Entwicklung.

Natürlich gibt es in der politischen Führungsschicht der Bundesrepublik noch Frauen und Männer, die Kraft haben, auf deren Wort man hört. Der Bundespräsident gehört auf jeden Fall dazu. Auf ihn hört man sofort — gleichgültig, ob das, was er sagt, richtig ist oder nicht oder wie immer man zu dem steht, was er sagt. Aber er weiß, Aufmerksamkeit für sich zu finden. Und Autorität ist nichts anderes als die Fähigkeit, Aufmerksamkeit für das, was man sagt, zu finden. Fehlt diese Autorität, dann gerät die politische Führung in eine Krise.

In der Mediengesellschaft Aufmerksamkeit zu erregen ist schwer; die Politiker müssen da mit Showmastern und Fernsehstars konkurrieren. Bringt das nicht eine ganz neue Komponente in den Parteienstaat und seine Repräsentation?

Das ist ein ungeheuer wichtiger Tatbestand. Das Unterhaltungsmedium Fernsehen verändert mit seiner Massenwirksamkeit alle Rangordnungen, alle Einschätzungen

darüber, was wichtig und unwichtig ist. Der Titel des Buches von Postman „Wir amüsieren uns zu Tode“ deutet es an: Alles muß auf ein gewisses Unterhaltungsniveau gebracht werden. Das ist tödlich für das, was, wie Politik oder Religion, seiner Natur nach nie Unterhaltung sein kann, sondern bitterernst ist und unter Umständen bis zum Opfer des eigenen Lebens geht.

Müßten angesichts von zum Teil so tiefgreifenden Veränderungen nicht die Strukturen der politischen Parteien geändert werden?

Man kann diese Forderung erheben, aber wie soll man das praktisch machen? Das ist von außen schwierig zu beurteilen. Es dürfte ein paar Möglichkeiten geben, die Parteien wieder ein bißchen auf den Teppich zu holen. Man tritt ihnen wohl nicht zu nahe, wenn man feststellt, daß sich um sie herum - angesichts der enormen Mittel, die sie bekommen - ein riesiger Pfründenstall entwickelt hat, der ungut ist für die gesamte Entwicklung der Gesellschaft. Es ist schädlich, wenn junge Leute bereits ihr erstes Stipendium aus einer der Parteistiftungen beziehen. Diese Stiftungen haben sicherlich ihren Sinn, aber sie haben ihr Konto inzwischen ungeheuer überzogen. Dort sitzen schockweise junge Intellektuelle, die nichts weiter lernen, als sich politisch einzupassen. Viele gehen dann von dort in politische Funktionen, und manchen gelingt es, in die Parlamente zu kommen. Ein anderes Beispiel: Ich erwähnte, daß ich der erste und damals einzige wissenschaftliche Assistent im Bundestag war. Heute sind es im Schnitt an die tausend wissenschaftliche Mitarbeiter im Bundestag. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, was die dort machen. Man kann nur hoffen, daß die Kommission zu den Parteifinzen die Fraktionen und Stiftungen mit einbezieht, dort muß nach meinem Dafürhalten erheblich abgespeckt werden.

Noch wichtiger scheint mir, daß der Bundestag, der j etzt 662 Mitglieder hat, verkleinert wird. Im Grunde müßten nur einige der Mißstände, die nach 1949 eingerissen sind, zurückgenommen werden. Der Bundestag hat 1953 den Anteil der über Listen gewählten Abgeordneten ohne irgendeine weitere Diskussion ganz erheblich, um nahezu 100 Leute, vergrößert, denn die europäischen Aufgaben seien so, daß man sie mit der bisherigen Abgeordnetenzahl nicht mehr bewältigen könne. Der heutige Bundestag ist das größte Parlament der Welt. Das ist Unfug.

Weiter muß man sehen, daß die bisherigen sogenannten Alt-Parteien nach 1994 nicht die einzigen sein werden, die über die „politische Willensbildung“ - sei es nun in Regierung oder Opposition - verfügen werden. In einem so wichtigen Land wie Baden-Württemberg haben wir bereits jetzt eine Große Koalition. Die Tendenz geht in allen Bundesländern dahin, und im Bund müßte schon ein größeres Wunder passieren, wenn wir dort nach 1994 nicht auch den Zwang zur „Großen Koalition“ haben. Damit geraten wir in eine vollkommen neue verfassungspolitische Situation. Die Große Koalition von 1966-69 mußte sich verfassungspolitisch rechtfertigen: mit der Absicht einer Wahlrechtsreform. Daraus wurde nichts und ich weine dem nicht nach. Aber die neue Konstellation nach 1994 muß wieder als verfassungspolitische Aufgabe verstanden werden. Der Parteienstaat und die gesamte Verfassungsordnung werden vor ganz anderen Herausforderungen stehen als bisher, wo man sich jedenfalls immer damit beruhigen konnte, daß die eine der beiden großen Parteien die Oppositionsaufgabe erfüllen würde. Davon kann man in Zukunft nicht mehr ausgehen, sondern wir werden größere Ausfransungen an den linken und rechten Rändern haben und damit einen größeren Zwang zur Mitte. Damit wird sich nach meiner Auffassung auch die Frage der Angemessenheit des parlamentarischen Regierungssystems nach dem englischen Muster - die eine große Partei regiert, die andere große Partei opponiert - jedenfalls für die Länder stellen. Ich halte dieses Muster für die Länder - ich habe es nie für angemessen gehalten - gerade auch im Blick auf den Bundesrat für unpassend.

In den neuen Bundesländern ist die Decke der möglichen politischen Führungsschicht so schmal, daß sich dort große Koalitionen von selbst verstehen sollten. Das englische System paßt dort einfach nicht. Das wirft dann aber viele verfassungspolitische Fragen auf. Es muß dann andere Modalitäten, Sicherungen der Kontrolle geben, die im normalen parlamentarischen Regierungssystem von der Opposition wahrgenommen werden - jedenfalls der Idee nach. Außer dem Bundesverfassungsgericht gibt es in Deutschland keine institutionelle Sicherungen gegen den Mißbrauch politischer Macht. Hier sollte der Hauptansatzpunkt für verfassungspolitische Überlegungen liegen: Wie kann man dem Beamtentum ein gewisses Eigengewicht wiedergeben, warum verschleudern die „öffentlichen Hände“ soviel Geld? Warum interessieren sich die Parlamente mehr für windige neue „Staatsziele“ statt für die Verwendung der Steuergelder? Die Rechnungsprüfung bleibt in Deutschland eine Farce, solange sie die Parlamente nicht interessiert.

Von wo können Anstöße zur Reform kommen?

Die Anstöße für Strukturreformen der Parteien werden von außen kommen. Die Alt-Parteien werden nicht mehr unter sich sein. Das herkömmliche Verständnis des Partei-staates beruhte darauf, daß diese Alt-Parteien unter sich waren. Als 1967 das Parteiengesetz beschlossen wurde, da waren die im Bundestag vertretenen Parteien—so nannte man sie in den sechziger und siebziger Jahren gern - mit den Alt-Parteien identisch. Das ist nun schon seit langem nicht mehr der Fall, und die Machtverhältnisse werden sich weiter verändern. Darauf werden die Parteien reagieren müssen. Die Strukturen brechen dann auf, weil die Verhältnisse sich ändern. Darauf baue ich jedenfalls.

Ist der Begriff der Volkspartei noch eine zutreffende Charakterisierung für die beiden großen Parteien?

Dieser Begriff ist in den sechziger Jahren aufgekommen. Es war der hochbedeutende Otto Kirchheimer, deutscher Emigrant, der diesen Begriff - nicht gerade Volksparteien, aber catch-all-Parties, Allerweltparteien - aus Amerika übernahm und sah, daß auch unsere beiden großen Parteien, jedenfalls in der Tendenz, dahin strebten, nicht mehr entweder schichtenspezifisch oder ideologisch klar definierte Parteien zu sein. Die deutschen Parteien waren ja, im Vergleich zu Parteien in anderen Ländern, in besonderer Weise durch weltanschauliche und Mdieuhmtergründe charakterisiert. Das ist nach 1945 aufgebrochen durch Veränderungen der Gesellschaft, dann aber auch ausgehend von der CDU, die sich nicht als Konfessionspartei wie das Zentrum, sondern als konfessionsübergreifende Partei der Mitte mit einem ansehnlichen Arbeitnehmerflügel verstand. Die Sozialdemokraten haben das lange nicht begriffen, zogen dann aber seit Anfang der sechziger Jahre nach und wollten ebenfalls eine im Prinzip für alle wählbare Partei sein. Das sind sie inzwischen auch, jedenfalls möchte man es ihr wünschen.

Nun stellt sich heraus, daß die „Volksparteien“ ihre Probleme haben. Man schaue nur nach Amerika: Die Allianzen, die ein Präsidentschaftskandidat und ein Präsident dort aus allen möglichen regionalen, wirtschaftlichen, ethnischen Interessen bilden muß, sind so kompliziert und innerlich so widerspruchsvoll, daß es schwer ist, daraus eine konsistente Politik zu machen. Es ist viel einfacher, eine überzeugende, in sich geschlossene Politik zu präsentieren, wenn man hinter sich eine Mehrheit innerhalb der Wählerschaft hat, der ein bestimmtes, klar definiertes Interesse zugeordnet ist. Eine der großen Reformen in Amerika zum Beispiel, Roosevelts New Deal seit 1932, setzte voraus, daß es eine sehr große Schicht von Amerikanern gab, die sozial unter die Räder gekommen war und die man zu einer großen Koalition zusammenbringen konnte. Auf dieser Grundlage ließ sich Reformpolitik machen. Ähnlich ist es CDU und FDP nach 1949 gelungen, eine große Koalition von Menschen hinter sich zu bringen, die

im Hinblick auf wirtschaftlichen Wohlstand, auf Entzerrung von ideologischen Verwerfungen in der deutschen Gesellschaft, auf eine den Nationalstaat überwindende internationale Politik, also Westorientierung, geeint werden konnte. Die Politik war gewissermaßen bei der Wählerschaft schon angelegt. Sie mußte natürlich von „oben“ - wirkliche Politik geht immer von „oben“ aus - vollzogen, von unten verstanden, aufgenommen und gewissermaßen ratifiziert werden. Es ist ein Mißverständnis, daß Politik von unten nach oben wächst. Diese Fehleinschätzung verkennt auch den Charakter von Parteien. Auch für sie gilt: Das, was „unten“ ist, muß durch die Vorgabe der politischen Führung artikuliert und formuliert werden. Das kann gelingen, das kann mißglücken. Eine Partei kann am Willen und an den Interessen der Menschen, die eigentlich bereit wären, für sie zu stimmen, vorbeireden. Nichts hat die Sozialdemokratie so sehr geschwächt wie die Rezeption von unklaren Gedanken der 68er-Generation, nicht zuletzt in bezug auf das, was politische Führung in der Demokratie heißt.

Während „Volkspartei“ früher ein Begriff war, der sein Profil dadurch gewann, daß man die neuen Parteistrukturen gegen eine ältere absetzte, sehe ich heute nicht, welche Alternative es zu den Allerweltparteien geben könnte. Das ist eine nicht ganz ungefährliche Situation — zumal in Zeiten großer Krisen, die ja nicht ausgeschlossen sind. Man denke an die Situation in Osteuropa. Ich fürchte überdies, daß gerade die Volksparteien nicht die richtige Antenne für das Verzweiflungspotential in den sogenannten neuen Ländern haben und nicht in der Lage sind, solchen Bewegungen dann auch den richtigen Ausdruck zu geben. Ich sehe im Moment nicht so sehr die Gefahr einer wirklich demagogischen, autoritären Politik, sondern die eines massiven Populismus, der es jedem rechtmachen will. Das aber ist unmöglich. Und so werden wir voraussichtlich, herauswachsend aus den großen Spannungen zwischen alter Bundesrepublik und den neuen Ländern, in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren ganz erhebliche strukturelle Änderungen unserer Parteien erleben, die ich im einzelnen nicht vorhersehen kann. Ich fürchte aber, daß die populistisch orientierten Volksparteien, die es mit dem Begriff der Dienstleistung jedem recht machen wollen, an den wirklichen Bedürfnissen und Anliegen der Menschen vorbeireden.

Liegt ein eklatanter Mangel an politischer Führung nicht darin, daß nicht deutlich genug gesagt wird, daß Verzicht auf den verschiedensten Gebieten - Umwelt, Verkehr, Verbrauch - dringend geboten ist und daß nicht klar genug gesagt wird, wie und mit welchen Mitteln er bewerkstelligt werden soll?

Das ist sicher so. Die Politik hat dazu offenbar nicht den Mut. Ich glaube, jeder sagt nachträglich, 1989/90 hätte man voraussehen können, wie schwierig, wie kostspielig das Gelingen der Einheit sein würde, daß man das den Menschen damals hätte sagen müssen und daß sie auch zu Opfern bereit gewesen wären. Das ist verpaßt worden, und zwar aus Populismus, weil die beiden großen Parteien nichts anderes im Sinn haben, als ihre Macht in den Wahlen zu erhalten. Insofern sehe ich nicht, was die beiden großen Parteien im Prinzip voneinander unterscheidet. Der gegenwärtige Bundeskanzler zum Beispiel denkt an nichts anderes als an die nächste zu gewinnende Wahl - und das ist seit eh und je seine Stärke gewesen. Das kann aber nur dann so entscheidend sein, wenn zu viele Menschen der politischen Klasse von ihrer Position in der Politik abhängen und eigentlich nichts anderes machen können.

Bei der SPD sehe ich vorerst nicht die leisesten Ansätze, das zu sagen, was gesagt werden müßte. Wie großartig könnte sie sich immer noch gegenüber der Union profilieren, indem sie dieses Volk wirklich ernst nimmt. Viele Menschen haben inzwischen das Gefühl, daß sie von den Politikern nicht ernst genommen werden, die so tun, als wenn das Leben immer so weitergehen könnte, als wenn sich nichts ändern müßte, wenn man nur bei den nächsten Wahlen gut abgeschnitten hat. Dann wird man weiter

das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Es gibt eine Art von Optimismus als politischer Berufskrankheit - "Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen" - der schon mancher politischen Ordnung nur Verderben gebracht hat.